

Beschluss

Satzung

Antragsteller*in: Kreisvorstand
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge zur Satzung

Antragstext

42 § 1 Name und Sitz

43 (1) Der Kreisverband Kiel der Bundespartei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des
44 Landesverbandes Schleswig-Holstein von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führt den Namen
45 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Kiel.

46 (2) Der Kreisverband ist zugleich Ortsverband der Landeshauptstadt Kiel und hat
47 seinen Sitz in Kiel.

48 § 2 Aufgaben

49 Der Kreisverband hat die Aufgabe

50 (1) Grundsätze (ökologisch, basisdemokratisch, sozial, gewaltfrei, dezentral)
51 und Programm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu vertreten und sich an Wahlen zu
52 beteiligen. Dazu stellt der Kreisverband ein regionales Programm auf.

53 (2) Ziele und Entscheidungen der innerparteilichen Basis sowie der örtlichen
54 Umweltschutz-, Bürger*innen- und Basisinitiativen und anderer Zusammenschlüsse -
55 soweit sie den Grundsätzen der GRÜNEN nicht widersprechen - auf Landes- und
56 Bundesebene zu vertreten, die grundlegenden Ziele und insbesondere die
57 grundlegenden Ziele der Bürger*inneninitiativen und Zusammenschlüsse mit zu
58 tragen und zu deren Verwirklichung auch auf parlamentarischer Ebene beizutragen.

59 (3) Eine intensive Zusammenarbeit mit den genannten Initiativen anzustreben, die
60 Bildung solcher Initiativen, wo es nötig ist, anzuregen und sie aktiv zu
61 unterstützen.

62 § 3 Mitgliedschaft

63 (1) Die Aufnahme von Mitgliedern, die Beendigung der Mitgliedschaft und die
64 Rechte und Pflichten der Mitglieder regelt die Bundesatzung.

65 (2) Die Pflicht zur Zahlung des Mitgliedsbeitrages besteht gegenüber dem
66 Kreisverband. Näheres regelt die Beitragsordnung Teil A.

70 § 4 Gliederung

71 (1) Innerhalb der Landeshauptstadt Kiel können Stadtteil- und Arbeitsgruppen
72 gegründet werden, die aus mindestens fünf Mitgliedern bestehen müssen.
73 Stadtteilgruppen arbeiten themenübergreifend. Arbeitsgruppen werden zu
74 inhaltlichen Schwerpunkten gebildet. Über die Anerkennung sowie die Auflösung
75 entscheidet die Kreismitgliederversammlung. Arbeits- und Stadtteilgruppen
76 entscheiden in ihren Arbeitsbereichen im Rahmen des Programms und von

77 Beschlüssen der Kreismitgliederversammlung autonom. Finanzrelevante
78 Entscheidungen sind mit dem Kreisvorstand abzusprechen.

79 (2) Vertreter*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Ausschüssen der
80 Ratsversammlung sollen in den ihnen thematisch zugeordneten Arbeitsgruppen
81 mitarbeiten und die dort erarbeiteten Inhalte bei der Wahrnehmung ihres Mandates
82 vertreten. Gleiches gilt für die Vertreter*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in
83 den Ortsbeiräten in Bezug auf die Stadtteilgruppen.

84 (3) Veröffentlichungen im Namen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können nur durch die
85 Kreismitgliederversammlung, den Kreisvorstand oder nach Rücksprache mit diesem
86 erfolgen.

87 (4) In Absprache mit den Kreisverbänden der Kreise Plön und Rendsburg-
88 Eckernförde können Gemeinden, die im Einzugsbereich der Stadt Kiel liegen, dem
89 Kieler Kreisverband zugeordnet werden. Innerhalb dieser Gemeinden können
90 Ortsverbände gegründet werden, sofern sie aus mindestens sieben Mitgliedern
91 bestehen. Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheiden die Ortsverbände.

92 (5) Die GRÜNE JUGEND (GJ) Kiel ist der eigenständige Jugendverband des
93 Kreisverbandes. Er gibt sich selbst eine Satzung.

94 (6) Die "Große Fraktion" besteht aus den Mitgliedern von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
95 in der Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel, den von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
96 entsandten bürgerlichen (und stellvertretenden) Mitgliedern in den Ausschüssen
97 der Ratsversammlung und den Ortsbeiräten, den Mitarbeiter*innen der Ratsfraktion
98 und zwei von diesem gewählten Mitgliedern des Kreisvorstandes.

99 § 5 Organe und Wahllisten

100 (1) Die Organe des Kreisverbandes sind:
101 a) die Kreismitgliederversammlung,
102 b) der Kreisvorstand,

103 (2) Alle Organe, gewählten Gremien und Kommissionen sowie die Wahlvorschläge
104 sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen; mindestens die Hälfte der
105 Delegierten des Kreisverbandes für Landesparteitage und Bundesversammlungen
106 sowie für Kleine Parteitage müssen Frauen sein. Die ungeraden Plätze von
107 Wahllisten müssen mit Frauen besetzt werden, die geraden Plätze sind offene
108 Plätze; die Kreismitgliederversammlung kann beschließen, dass stattdessen die
109 geraden Plätze mit Frauen besetzt werden sollen oder dass für Platz 1 der
110 Wahlliste die Kandidatur von Frauen und Männern möglich ist. Wird in diesem Fall
111 auf Platz 1 ein Mann gewählt, ist Platz 2 mit einer Frau zu besetzen. Weiteres
112 regelt das Frauenstatut.

113
114 (3) Alle für die Ratsfraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kiel gewählten
115 Personen verpflichten sich, Mandatsträger*innenabgaben an den Kreisverband
116 abzuführen. Näheres regelt die Beitragsordnung Teil B, Sonderbeitragsordnung.

117
118 (4) Kandidiert keine Frau für eine Position, die mit einer Frau besetzt werden
119 soll, oder wird keine Frau gewählt, muss versucht werden, weitere Frauen zur
120 Kandidatur zu motivieren. Die Wahl ist erneut auf die Tagesordnung der nächsten
121 Kreismitgliederversammlung zu setzen; diese muss innerhalb von drei Monaten
122 stattfinden. Sollte auch auf dieser Versammlung keine Frau kandidieren oder
123 gewählt werden, kann die Position durch ein Votum der anwesenden Frauen geöffnet
124 werden, wenn sie mit einfacher Mehrheiten zustimmen.

125 (5) Die Kreismitgliederversammlung kann feststellen, dass die Besetzung einer
126 Position, die mit einer Frau besetzt werden soll, für die aber keine Frau
127 kandidiert hat oder gewählt wurde, keinen Aufschub duldet. Vor dieser Abstimmung
128 ist das Votum der anwesenden Frauen einzuholen. Trifft die
129 Kreismitgliederversammlung diese Feststellung, kann die Position auf der
130 gleichen Versammlung mit einem Mann besetzt werden.

131 **§ 6 Kreismitgliederversammlung**

132 (1) Oberstes Organ des Kreisverbandes ist die Kreismitgliederversammlung.

133 (2) Die Kreismitgliederversammlung findet in der Regel einmal im Quartal statt,
134 davon einmal im Jahr als Jahreshauptversammlung. Die Kreismitgliederversammlung
135 tagt öffentlich; sie kann den Ausschluss der Öffentlichkeit beschließen. Zur
136 Kreismitgliederversammlung wird schriftlich und unter Angabe der Tagesordnung
137 vom Kreisvorstand eingeladen. Die Einladung ist mindestens 21 Kalendertage vor
138 der entsprechenden Kreismitgliederversammlung an die Mitglieder zu verschicken.
139 Die Einladung zu jeder Kreismitgliederversammlung erfolgt per Mail, es sei denn
140 es liegt keine Mailadresse des Mitglieds vor oder das Mitglied hat darum
141 gebeten, Einladungen zu Kreismitgliederversammlungen nur per Post zu erhalten.
142 Bürger*innen- und Basisinitiativen, die mit den zu behandelnden Themen befasst
143 sind, sollen eingeladen werden.

144 (3) Anträge an die Kreismitgliederversammlung auf Änderung der Satzung, des
145 Kommunalwahlprogramms sowie auf die Abwahl von Mitgliedern des Kreisvorstandes
146 müssen bis zum 20. Kalendertag vor der Versammlung an die Kreisgeschäftsführung
147 gesandt werden (Datum des Poststempels bzw. Datum des Eingangs der Mail im
148 Postfach der Kreisgeschäftsführung). Alle anderen Anträge sind mit einer
149 Eingangsfrist von zehn Kalendertagen vor der Versammlung schriftlich oder per
150 Mail bei der Kreisgeschäftsführung einzureichen. Als eingereicht gilt das
151 Hochladen des Antrags auf Antragsgrün oder das einschicken des Antrags per Mail
152 an die Kreisgeschäftsführung. Alle eingereichten Anträge müssen spätestens
153 sieben Kalendertage vor Kreismitgliederversammlung den Mitgliedern auf
154 Antragsgrün zur Einsicht zur Verfügung stehen.

155 Später zu neuen Gegenständen gestellte Anträge (Dringlichkeitsanträge) können
156 nur mit der Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten behandelt werden,
157 Anträge zur Änderung oder Ergänzung fristgerechter oder nachträglich
158 zugelassener Anträge können jederzeit gestellt werden. Auch Anträge zur Änderung
159 oder Ergänzung von Anträgen nach Satz 1 dieses Absatzes können jederzeit
160 gestellt werden.

161
162 Die Anträge und Änderungsanträge werden von einer quotiert besetzten
163 vierköpfigen Antragskommission geordnet. Ziel der Antragskommission ist es,
164 inhaltliche Debatten auf Kreismitgliederversammlungen zu unterstützen und
165 gleichzeitig aber die Einhaltung des Zeitplans der Kreismitgliederversammlung zu
166 ermöglichen. Die Antragskommission wird auf Vorschlag des Kreisvorstandes von
167 der Kreismitgliederversammlung auf zwei Jahre gewählt.

168
169 (4) Die Kreismitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn zehn Prozent der zum
170 Zeitpunkt der Versammlung eingeschriebenen Mitglieder des Kreisverbandes
171 anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit erlischt auf Antrag eines Mitglieds,
172 sobald mehr als die Hälfte der Mitglieder laut Anwesenheitsliste die Versammlung
173 verlassen hat. Ist eine Kreismitgliederversammlung nicht beschlussfähig, ist die

174 folgende Kreismitgliederversammlung zu den in der Einladung zu der nicht
175 beschlussfähigen Kreismitgliederversammlung aufgeführten Tagesordnungspunkten in
176 jedem Falle beschlussfähig. In der Einladung zu dieser Versammlung ist auf diese
177 Tatsache hinzuweisen.

178 (5) Der Kreisvorstand hat eine Kreismitgliederversammlung einzuberufen, wenn
179 a) die Kreismitgliederversammlung,
180 b) die „Große Fraktion“,
181 dies beschließt oder
182 c) zehn Prozent der Mitglieder des Kreisverbandes dies schriftlich verlangen.

183 (6) Zu den Aufgaben der Kreismitgliederversammlung gehören:
184 a) die Beschlussfassung über das Programm;
185 b) die Beschlussfassung über die Satzung, das Frauenstatut, die Schiedsordnung
186 und die Beitragsordnung, des Kreisverbandes
187 c) die Beschlussfassung über Anträge;
188 d) die Wahl von Kandidat*innen zu Wahlen zu Vertretungskörperschaften, die dem
189 Parteiengesetz Genüge tun muss;
190 e) die Wahl der Delegierten für den Kleinen Landesparteitag, wovon eine*r nicht
191 dem Kreisvorstand angehören soll, der stellvertretenden Delegierten für den
192 Kleinen Parteitag, der Delegierten für den Landesparteitag und die
193 Bundesdelegiertenkonferenz, sowie eine unbegrenzte Zahl an Ersatzdelegierten;
194 f) die Durchführung von Wahlen, die von der Jahreshauptversammlung vertagt
195 wurden, und die Nachwahl für durch die Jahreshauptversammlung zu besetzende
196 Positionen.

197 (7) Zu den Aufgaben der Jahreshauptversammlung gehören:
198 a) jährlich die Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Kreisvorstandes,
199 dessen finanzieller Teil zuvor von den Rechnungsprüfer*innen zu prüfen ist, die
200 Entgegennahme des Rechnungsprüfungsberichtes, die Beschlussfassung über die
201 Entlastung des Kreisvorstandes für den Prüfungszeitraum und den Haushalt des
202 Kreisverbandes. In Zusammenhang mit dem Haushalt ist der
203 Kreismitgliederversammlung eine Finanzplanung für die nächsten fünf Jahre zur
204 Kenntnis zu geben;
205 b) alle zwei Jahre die Wahl des Kreisvorstandes, zweier Rechnungsprüfer*innen,
206 die nicht dem Kreisvorstand angehören dürfen, und der Antragskommission mit
207 einer unbegrenzten Zahl an Stellvertreter*innen.

208 (8) Die Wahlperiode der durch die Jahreshauptversammlung gewählten oder durch
209 die Kreismitgliederversammlung nachgewählten Personen endet mit der
210 turnusgemäßen Neuwahl zu diesem Amt oder Mandat, sofern sie nicht vorher
211 schriftlich gegenüber dem Kreisvorstand ihren Rücktritt erklären.

212 § 7 Verfahren bei der Kreismitgliederversammlung

213 (1) Die Kreismitgliederversammlung wird von zwei Mitgliedern des Kreisvorstandes
214 und mindestens einem weiteren Mitglied des Kreisverbandes, das nicht dem
215 Kreisvorstand angehören soll und das vom Kreisvorstand berufen wird, geleitet;
216 ein Mitglied der Sitzungsleitung oder ein*e vom Kreisvorstand Beauftragte*r hält
217 die Ergebnisse der Kreismitgliederversammlung in einem Protokoll fest, das mit
218 der Einladung zur nächsten Kreismitgliederversammlung zu versenden und über das
219 durch diese Beschluss zu fassen ist. Die Sitzungsleitung muss mindestens zur
220 Hälfte mit Frauen besetzt sein.

221 (2) Die anwesenden Mitglieder des Kreisverbandes sind stimm- und redeberechtigt.
222 Gäste sind redeberechtigt. Es werden getrennte Redelisten geführt
223 (Frauen/Offen), mindestens jeder zweite Redebeitrag ist Frauen vorbehalten. Ist
224 die Redeliste der Frauen erschöpft, so sind die Frauen der Versammlung zu
225 befragen, ob die Debatte fortgesetzt werden soll.

226 (3) Die Kreismitgliederversammlung entscheidet mit einfacher Mehrheit, sofern
227 diese Satzung nichts Anderes bestimmt. Anträge auf Änderung des Programms, der
228 Satzung oder des Frauenstatuts des Kreisverbandes bedürfen der Zustimmung von
229 zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen, mindestens aber der Hälfte der
230 Stimmen aller anwesenden Stimmberechtigten. Anträge auf Abwahl von Mitgliedern
231 des Kreisvorstandes bedürfen der Zustimmung der Hälfte der abgegebenen gültigen
232 Stimmen.

233 (4) Wahlen nach § 5 Abs. 6 d) dieser Satzung, zum Kreisvorstand sowie der
234 Delegierten und Ersatzdelegierten zu Landesparteitagen und Bundesversammlungen
235 sind geheim. Andere Wahlen und Abstimmungen sind offen, sofern nicht ein*e
236 Stimmberechtigte*r ihre geheime Durchführung verlangt.

237 (5) Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen
238 erhält. Bei einem erforderlichen zweiten Wahlgang ist gewählt, wer die meisten
239 Stimmen erhält. Bei Stimmgleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei erneuter
240 Stimmgleichheit entscheidet das Los.

241 (6) In Wahlgängen mit nur einer*m Kandidat*in ist gewählt, wer mehr als die
242 Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei einem erforderlichen zweiten
243 Wahlgang ist gewählt, wer die relative Mehrheit, also mehr „Ja“ als „Nein“-
244 Stimmen erhält. Wird im zweiten Wahlgang niemand gewählt, findet bei der
245 nächsten Versammlung eine neue Wahl statt.

246 (7) Bei der Wahl der Beisitzer*innen des Kreisvorstandes ist zuerst die
247 Position, für die der GRÜNEN JUGEND Kiel das Vorschlagsrecht zusteht, zu wählen
248 und anschließend die Positionen, die mit Frauen besetzt werden sollen. Bei der
249 Wahl der Beisitzer*innen sowie der Delegierten und der Ersatzdelegierten für
250 Landesparteitage sind zuerst diejenigen Positionen zu wählen, die mit Frauen
251 besetzt werden sollen.

252 (8) Anträge zum Verfahren einer Antragsberatung oder einer Wahl können jederzeit
253 gestellt werden. Sie werden unmittelbar nach einer Gegenrede einzeln abgestimmt.
254 Wird keine Gegenrede gehalten, sind sie angenommen.

255 (9) Persönliche Erklärungen sind erst am Ende eines Tagesordnungspunktes
256 zulässig.

257 **§ 8 Kreisvorstand**

258 (1) Der Kreisvorstand besteht aus zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, der
259 Schatzmeister*in, der Parteikoordination und fünf Beisitzer*innen, von denen
260 eine/r auf Vorschlag der GRÜNE JUGEND Kiel gewählt wird. Die Position kann ohne
261 Berücksichtigung dieses Vorschlagsrechts besetzt werden, wenn die GJ Kiel es
262 nicht wahrnimmt.

263 (2) Der Kreisvorstand führt den Kreisverband organisatorisch und politisch. Er
264 ist für alle Fragen und Aufgaben zwischen den Mitgliederversammlungen zuständig.
265 Die Sitzungen des Vorstandes sind parteiöffentlich.

266 (3) Die Vorsitzenden vertreten den Kreisverband in der Öffentlichkeit. Sie und
267 die Schatzmeister*in vertreten den Kreisverband einzeln gerichtlich und
268 außergerichtlich.

269 (4) Über die Sitzungen des Kreisvorstandes ist ein Ergebnisprotokoll zu führen.
270

271 (5) Außer mit Ausnahmebegründung erstattet der Kreisverband ausschließlich
272 mindestens EU-biozertifizierte und vegane Lebensmittel.

273 **§ 9 Beschäftigungsverhältnisse**

274 (1) Alle bezahlten Stellen, die im Kreisverband Kiel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
275 neu zu besetzen sind, werden mindestens parteiöffentlich ausgeschrieben.
276 Befristete Arbeitsverträge können nur dann ohne Ausschreibung verlängert werden,
277 wenn die Kreismitgliederversammlung diesem zustimmt.

278 (2) Bezahlte Stellen werden auf allen Qualifikationsebenen mindestens zur Hälfte
279 an Frauen vergeben. In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind,
280 werden so lange bevorzugt Frauen eingestellt, bis die Mindestparität erreicht
281 ist.

282 (3) Angestellte des Kreisverbandes können nicht Mitglieder des Kreisvorstandes
283 oder der Ratsversammlung sein.

284 **§ 10 Schiedsgericht**

285 Es gelten die Bestimmungen der Landesschiedsordnung.

286 **§ 11 Urabstimmung**

287 (1) Auf Antrag von 15 Prozent der Mitglieder des Kreisverbands Kiel führt der
288 Kreisvorstand eine Urabstimmung durch. Diese muss den Wortlaut einer
289 Abstimmungsfrage beinhalten, die sich mit Ja oder Nein beantworten lässt.
290 Zulässig ist auch eine Reihe aufeinander folgender Fragen, die jeweils mit Ja
291 oder Nein zu beantworten sein müssen.

292 (2) Urabstimmungen sind nicht zulässig zu Abwahlen von Mitgliedern des
293 Kreisvorstandes und der Einstellung oder Entlassung von Mitarbeiter*innen des
294 Kreisverbandes. Eine Urabstimmung kann nur erfolgen, wenn der Gegenstand auf der
295 Tagesordnung einer Mitgliederversammlung gestanden hat und dort diskutiert
296 worden ist.

297 (3) Eine nach den Absätzen (1) und (2) zulässige Urabstimmung ist innerhalb von
298 drei Wochen nach Eingang des Antrages beim Kreisvorstand einzuleiten. Für die
299 Durchführung der Urabstimmung ist der Kreisvorstand verantwortlich. In
300 begründeten Ausnahmefällen kann die Durchführung um bis zu 3 Wochen verschoben
301 werden.

302 (4) Urabstimmungsunterlagen sind allen Mitgliedern des Kreisverbandes
303 zuzusenden. Sie müssen innerhalb von 14 Werktagen nach ihrer Aussendung wieder
304 beim Kreisverband eingetroffen sein. Später eingegangene Abstimmungsunterlagen
305 können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Auszählung der Stimmen hat
306 unverzüglich zu erfolgen. Sie ist mitgliederöffentlich. Das Ergebnis ist den
307 Mitgliedern schriftlich bekannt zu geben.

308 **§12 Auflösung des Kreisverbandes**

309 Über die Auflösung des Kreisverbandes Kiel oder seine Zusammenlegung mit anderen
310 Kreisverbänden entscheidet die Kreismitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit. Der

311 Beschluss bedarf einer Bestätigung durch die Urabstimmung der Mitglieder. Über
312 das Vermögen entscheidet im Falle einer Auflösung die Mitgliederversammlung.

313 **§ 13 Inkrafttreten der Satzung**

314 Diese Satzung tritt am Tage ihrer Beschlussfassung in Kraft. Alle alten
315 Satzungen treten gleichzeitig außer Kraft.

316 *Beschlossen auf der Jahreshauptversammlung am 7. Juli 2001.*

317 *geändert von der Jahreshauptversammlung am 24. April 2004 und am 21. Mai 2005.*

318 *geändert von der Kreismitgliederversammlung am 27. November 2014.*

319 *geändert von der Kreismitgliederversammlung am 24. März 2015.*

320 *geändert von der Kreismitgliederversammlung am 29. September 2016*

321 **Beitragsordnung**

322 **Teil A**

323 **§ 1 - Grundlagen**

324 Der Mitgliedsbeitrag pro Monat bemisst sich am monatlichen Nettoeinkommen des
325 Mitglieds aus Arbeitseinkommen, Lohnersatzleistungen, Pensionen oder Renten. Bei
326 Nettoeinkommen in monatlich wechselnder Höhe ist das Gesamteinkommen des
327 Vorjahrs dividiert durch zwölf zu Grunde zu legen.

328 **§ 2 - Höhe des Beitrags**

329 (1) Es ist ein Prozent des monatlichen Nettoeinkommens zu zahlen.

330 (2) Der Mindestbeitrag pro Monat liegt bei 6 EUR.

331 (3) Der Beitrag ist jeweils monatlich, vierteljährlich, halbjährig, oder
332 ganzjährig zum jeweils 1. des Monats im Voraus zahlbar.

333 **§ 3 - Verringerung des Monatsbeitrags**

334 Mitgliedern, die aufgrund ihrer Einkommens- oder Familiensituation die Beiträge
335 gemäß § 2 nicht leisten können, kann auf Antrag der Monatsbeitrag verringert
336 oder für die Dauer eines Jahres ausgesetzt werden.

337 **§ 4 - Zahlungsverzug, Ruhen der Mitgliedschaft**

338 Zahlt ein Mitglied länger als drei Monate nach Fälligkeit keinen oder keinen der
339 Beitragsordnung entsprechenden Beitrag, so wird dem Mitglied eine
340 Zahlungserinnerung per Mail oder Brief zugestellt.

341 Erfolgt auf das Erinnerungsschreiben nach 2 Wochen keine Rückmeldung erhält das
342 Mitglied per Einschreiben mit Rückschein eine Mahnung. Meldet sich das Mitglied
343 nach Eingang des Rückscheins oder Rücklauf des Einschreibens nicht, wird die
344 Mitgliedschaft beendet.

345 **§ 5 - In Kraft treten**

346 Diese Beitragssatzung tritt rückwirkend zum 1. Juli 2001 in Kraft.

347 *Beschlossen von der Jahreshauptversammlung am 7. Juli 2001.*

348 *§ 4 – Abs.2 geändert auf der JHV am 24. April 2004*

349 *§ 2 und § 3 - geändert am 21. Mai 2005*

350 *§ 2 – Abs. 2 geändert JHV 29. Mai 2010*

351 § 3 - geändert JHV 29. Mai 2010

352 § 4 – Abs. 1 gestrichen JHV 29. Mai 2010

353 § 4 – Abs. 2 geändert JHV 29. Mai 2010

354 **Beitragsordnung Teil B**

355 **Sonderbeitragsordnung**

356 § 1

357 Alle Ratsmitglieder von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kiel sollen von ihrer
358 Aufwandsentschädigung nach §2 Abs.1 der Entschädigungssatzung der
359 Landeshauptstadt Kiel vom 17.Juni 2009 30 % an den Kreisverband Kiel spenden.

360 Ratsmitglieder mit einem zu betreuenden Kind unter 12 Jahren spenden von ihrer
361 Aufwandsentschädigung nach §2 Abs.1 20 %, mit zwei zu betreuenden Kindern unter
362 12

363 Jahren 10 %. Ratsmitglieder mit 3 oder mehr zu betreuenden Kindern unter 12
364 Jahren

365 behalten die volle Aufwandsentschädigung.

366 § 2

367 Alle Ratsmitglieder von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, die zusätzliche

368 Aufwandsentschädigungen gemäß § 2 Ziffer 2 Nr. 1-7 der o.g.
369 Entschädigungssatzung

370 erhalten, sollen hiervon 50% an den Kreisverband Kiel spenden.

371 § 3

372 Alle Mitglieder, die B'90/ DIE GRÜNEN Kiel in Aufsichts-, Verwaltungs- und
373 Beiräten vertreten, sollen von der ihnen zustehenden Vergütungen bzw.
374 Entschädigungen 50% an den Kreisverband spenden.

375 § 4

376 Sitzungsgelder der Gremienmitglieder nach § 1-3 der Ortsbeiratsmitglieder und
377 bürgerliche

378 Mitglieder in den Ausschüssen sind von dieser Regelung ausgenommen.

379 *Beschlossen von der Jahreshauptversammlung am 29.05.2010*